

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at

"Ein Stück vom Kuchen für jeden"

So verkauft die SPÖ in ihrem Mitgliedermagazin 6/2007 unter dem Titel: „Politik mit sozialer Handschrift - Pensionen werden endlich kräftig erhöht“ die 21,- Euro, die die Mindestpensionisten (747,- statt bisher 726,- Euro) ab 1. Jänner 2008 bekommen.

Fast wie zum Spott wirbt dabei noch auf Seite 2 Frau Bundespräsident Fischer mit dem Slogan „armut tut weh“. Wissen denn diese Herrschaften da oben überhaupt was „weh tut“, mit ihren Tausenden von Euro an monatlichem Einkommen. 21,- Euro plus! Grandios! Während für Pensionisten die Erhöhung 1,7 - 2,1 % beträgt, macht allein die Inflation im November nach dem Pensionistenindex schon 3,5 % aus. Und was bekommen die Manager und Bosse dafür, dass wir unsere Arbeits- und Denkkraft tagtäglich für die Supergewinne der Firmen einsetzen?

Die Gagen der Top-Manager/innen der ATX-Unternehmen haben sich im Zeitraum 2000 - 2005 verdoppelt. Sie verdienen 2005 pro Kopf das 35-fache eines/r österreichischen Arbeitnehmer/in (2000: das 20-fache).
(Quelle: AK Wien, Mai 2005)

Das oberste Einkommensprozent (37.000 Höchstverdiener/-innen) verdiente 2004 mit 5,8 Mrd. € beinahe das Dreifache des untersten Einkommensfünftels (745.000 Niedrigverdienende: 2 Mrd. €).
(Quelle: Auswertung Lohnsteuerstatistik)



Karikatur aus: Leseheft 1, Armut - Reichtum, Sozialplattform OÖ; AKOÖ, ÖGB OÖ, KAB ...

Österreich wird sozialer?

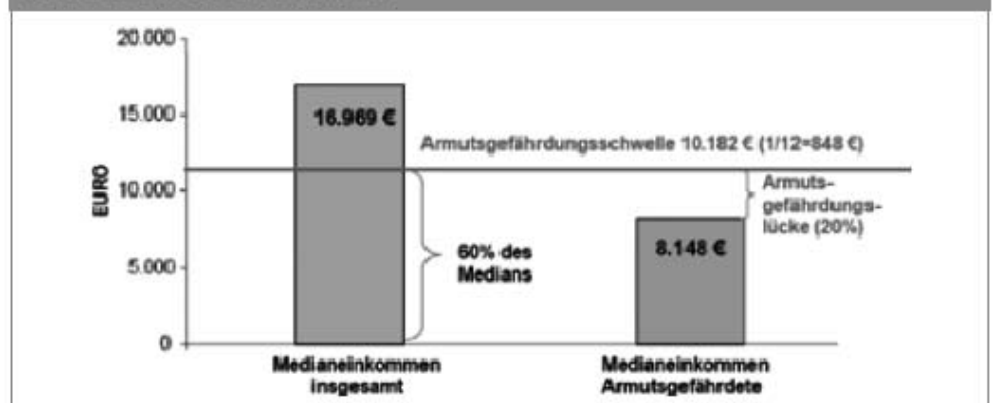
So der Slogan der jetzigen Regierung. Tatsache aber ist, die Ungleichheit steigt. Das stellte auch jüngst die „Armutskonferenz“ erneut fest.

Hier die Daten aus 2004: Ein Mensch wird als armutsgefährdet bezeichnet, wenn ihm weniger als €848,- (60 % des Medianeinkommens, netto inkl. aller Sozialleistungen wie Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Wohnbeihilfe etc.; Wert für 2004) monatlich zur Verfügung stehen. Das sind 1.030.000 Menschen oder 13,2 % der Bevölkerung Österreichs! Das durchschnittliche Einkommen dieser Gruppe liegt aber nur bei 679,-, was die Situation verschärft.

Statistik aus: Leseheft 1, Armut - Reichtum, Sozialplattform OÖ; AKOÖ, ÖGB OÖ, KAB ...

13 % der österreichischen Bevölkerung sind armutsgefährdet.

Das verfügbare Einkommen der armutsgefährdeten Bevölkerung liegt um rund 20% unter der Schwelle.



EIN BÖRSENKRACH LIEGT IN DER LUFT

(EIN KOMMENTAR VON G. M.)

Liebe Geldinteressierte! Obwohl in allen Zeitungen pausenlos getrommelt wird, dass die Wirtschaft nun doch so gut laufe, zeichnet sich ein Börsenabsturz ab.

In den letzten 10 Jahren hat sich in den USA nämlich eine Immobilienblase gebildet.

Bei ursprünglich sehr niedrigem Zinsniveau haben US-Banken recht locker Hypothekarkredite an Häuselbesitzer und Häuselbauer vergeben (und dieselbigen auch noch gedrängt). Dann aber hat die FED die Zinsen immer weiter angehoben (wohl damit die US-treasury-bonds (Staatsverschreibungen) attraktiver werden) und um 'gegen die Inflation zu kämpfen'. Das hat die Kreditnehmer - und damit die kreditgebenden Banken - dann immer mehr in Schwierigkeiten gebracht. Drei, vier Prozent mehr Zinsen machen viel aus. Die Entwicklung war abzusehen.

Die US-Banken haben einen Trick benutzt, um primär Geld in ihre Kassen zu spülen, und haben diese aushaftenden Kredite (ein Aktivum für die Bank solange keine Zweifel bestehen) in relativ hoch verzinsliche Anleihen umgepackt (ihre Forderungen quasi angeboten und verkauft). Dadurch haben sie ihre Immobilienblase internationalisiert.

Alle möglichen Banken und Fonds

auf der Welt haben diese 'günstigen' Anleihen dann offenbar gekauft.

Mittlerweile ist aber immer klarer geworden, dass die aushaftenden Kredite öfter und öfter notleidend werden und mit dem Verkauf der Häuser auch nichts mehr zu holen ist. Damit wurden diese Anleihen natürlich obsolet. Der Kurs dieser Immobilien-Anleihen stürzte ab und das traf die Besitzer.

So hat etwa die deutsche IKB-Bank (eine Mittelstandsbank) dabei enorm Geld verloren und musste mit 3,1 Milliarden Euro und weiteren hohen Haftungserklärungen gestützt werden, damit sie nicht bankrott geht und in Deutschland ein Dominoeffekt entsteht.

Andere hat es auch schon erwischt (etwa in den USA selbst oder in Großbritannien und Frankreich, oder zuletzt in der Schweiz die Großbank UBS, die 10 Milliarden Dollar abschreiben muss - Anm. der Redaktion).

Alle Finanzleute sind wegen der offensichtlich platzenden Immobilienblase in den USA jetzt hypernervös. Viele Zentralbanken - und so auch die EZB - sehen sich nun genötigt "gegenzusteuern". Die bieten den Geschäftsbanken günstige Kredite in echtem Zahlungsmittel für weitere Injektionen im weltweiten Finanzgeschehen an. Die EZB soll 150 Milliarden Euro "lockergemacht" haben (inzwi-

schen mindestens das zwei- bis dreifache, Anm. der Redaktion)

Tatsächlich erzeugt die EZB dieses Geld wie immer aus dem Nichts (indem sie die Geldpresse anwirft - was die Inflation steigert und unsere sowieso schon niedrigen Einkommen und die Lebenshaltung weiter verteuert - Anm. der Redaktion). Sie kann es aber nicht direkt in den Markt pumpen, wie diverse dumme Journalisten schreiben, da sie (meines Wissens jedenfalls bisher) nicht selbst an den Börsen spekuliert. Sie bietet es den großen Geschäftsbanken im Euroraum als günstigen Kredit an, wenn diese echtes Geld wollen, um es auf die internationalen Finanzmärkte werfen zu können.

Ob die nun aber wirklich weiter spekulieren wollen, kann die EZB und die anderen Zentralbanken nicht beeinflussen. Natürlich funktioniert dieses auch so schöne Börsenspiel aber nur solange, als laufend Geld von irgendwoher zufließt. Und wenn die Geschäftsbanken das (als Kredit) angebotene Geld nicht nehmen, um weiter zu spekulieren, verpufft die Aktion. Möglicherweise wirkt die Maßnahme eher noch dahingehend, dass die Finanzleute ihre Befürchtungen bestätigt sehen und noch nervöser werden. Bankaktien sind stark unter Druck und ein (weltweiter) Börsenkrach liegt in der Luft. Und das, obwohl die reale Wirtschaft doch so gut läuft."

KURZES:

ÖSTERREICH

Arbeitslosigkeit

1, 5 Millionen ArbeitnehmerInnen (von 3,2 Millionen unselbständig Erwerbstätigen) wechseln ein Mal im Jahr in Österreich den Job. 920.000 werden einmal im Jahr arbeitslos. (Kurier, 21.06.07)

DEUTSCHLAND

Arbeiten im Kapitalismus

Untersuchungen über Arbeitszufriedenheit in Deutschland haben ergeben, dass 18 Prozent die „innere Kündigung“ ausgesprochen haben und 69 Prozent nur „Dienst nach Vorschrift“ machen. Laut Befragung des Gewerkschaftsbundes DGB sind in Deutschland nur 12 Prozent mit ihrer Arbeit zufrieden. (Standard, 15.12.07)

Österreich

Schlaraffenland für Unternehmer

Während es in den anderen Staaten der EU-15 im Durchschnitt zumindest eine Vermögensbesteuerung von 6 % gibt, macht diese in Österreich nach der letzten Senkung der Körperschaftssteuer in Summe nur mehr 1,3 % aus. Im Vergleich mit der EU-15 bedeutet das einen jährlichen Steuerausfall von 3 Milliarden Euro! (AK-Wien)



EU-VERTRAG

AM VOLK VORBEI UND GEGEN DIE NEUTRALITÄT!

Im Oktober haben die EU-Granden den "EU-Reformvertrag" beschlossen. Im Dezember soll er unterschrieben, dann in den einzelnen EU-Staaten abgesegnet werden. Gefahr ist im Verzug. Militärische und atomare Aufrüstung gehen einher mit immer massiverem Sozial- und Demokratieabbau.

Weil die EU-Verfassung 2005 auf breite Ablehnung und auf ein NEIN bei den befragten Holländern und Franzosen stieß, wurde nun dafür bloß ein neuer Titel gefunden: EU-Vertrag. Der Inhalt bleibt selbst nach Aussagen von Außenministerin Plassnik zu 95 % gleich. Das heißt die Kriegsteilnahme an der EU-Armee ist vorprogrammiert. Ebenso, dass das atomfreie Österreich dem Weiterbestehen des EURATOM-Vertrages zustimmen soll, der in Bausch und Bogen in den EU-"Reformvertrag" übernommen wird. Gleichzeitig gibt es nur Lippenbekenntnisse was die soziale Lage der Menschen angeht, die immer schlechter wird; gerade durch die Liberalisierungs- und Globalisierungspolitik der EU, die diese in Konkurrenz zu den USA und Asien betreibt. Militärische und atomare Aufrüstung gehen einher mit der immer schnelleren und stärkeren Verschlechterung der sozialen Bedingungen und dem Abbau demokratischer Rechte und Aufbau eines Überwachungsstaates. Deshalb soll es auch keine Volksabstimmung darüber geben. Schon 2005 waren nach offiziellen Umfragen 80% der ÖsterreicherInnen gegen die EU-Verfassung und für die Beibehaltung der Neutralität. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert.

Während die Regierungsparteien den EU-Willen gegen die Bevölkerung durchdrücken wollen und das Volk fürchten, Bundespräsident, Nationalratspräsidentin und auch die Grün-Spitzen nicht das Volk entscheiden lassen wollen, gehen Kronenzeitung nur auf Leserfang, FPÖ, BZÖ und Hans Peter Martin nur auf Wählerfang. Was von den Kronenzeitungs- und FP-"Volksinitiativen" zu halten ist, zeigt die Vergangenheit deutlichst: Da wurde gegen Mochovce begehrt, da wurde gegen Temelin getrommelt und Unterschriften gesammelt - aber geschehen ist dann gar nichts.



Das Neutralitätsverständnis unserer Herrschenden I

Auch jetzt posaunt die Kronenzeitung zwar weiter gegen die EU und die österreichischen Politiker, die keine Volksabstimmung durchführen wollen, druckt Passagen des EU-Vertrages ab, um gleichzeitig die Parole auszugeben, jetzt kann man nix mehr machen, aber bei den nächsten Wahlen könne es man denen zeigen (siehe Kronenzeitung 4. 11. 07). Dazu wird

Hans Peter Martin mit Hilfe einer eigenen Krone-Kolumne für die EU-Wahl 2009 und FPÖ-Strache mit entsprechenden Inseraten für die Nationalratswahl 2010 in Stellung gebracht.

So sollen solche "Oppositions"-Parteien und die Medien nur den Unwillen gegen die gerade regierenden Parteien schüren und ausnützen und auf ungefährliche nächste Wahlen umlenken, wo man bekanntlich nichts wirklich entscheiden kann. Wir sollen zwar (noch) wählen dürfen wen wir wollen, aber die Gewählten machen dann was sie wollen. Und da ist ja eine Partei wie die andere: wenn sie einmal oben ist, gehorcht sie nur den Einflüsterungen der Wirtschaft.

Gegen die Militärs, Konzernbosse und Atomprofiteure stellen sich die Regierungsparteien sowieso nicht und auch nicht die so genannten „Oppositions“-Parteien oder Zeitungen und Fernsehen, sind sie doch allesamt, einer wie der andere, Teil des Establishments und somit genauso fern dem Volk. Dagegen hilft nur gemeinsamer und solidarischer Widerstand von unten.

Wie groß der Protest ist - und von dem bei uns nichts berichtet wird - zeigt allein der Umstand, dass beim EU-"Reformvertrags"-Gipfel im Oktober in Lissabon 200.000 Menschen demonstrierten. Und die ÖsterreicherInnen lehnen mehrheitlich den EU-Vertrag ab und wollen zu 80% die Neutralität beibehalten. Aus gutem Grund: Schon zweimal in den letzten 100 Jahren wurden ÖsterreicherInnen

für Großmachtinteressen in den Krieg gezwungen. Die Neutralität nach dem 2. Weltkrieg war die Lehre daraus. Jetzt soll diese immer mehr und immer schneller ausgehöhlt, de facto abgeschafft werden, z.B durch die im EU-Vertrag für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgesehene Aufrüstungsverpflichtung und die militärische Beistandspflicht.

Der Eurofighter-Ankauf trotz gegenteiliger Wahlversprechen oder der zunehmende Einsatz österreichischer Soldaten im Ausland wie in Ex-Jugoslawien oder jetzt im Tschad hat nichts mit „humanitären Einsätzen“ zu tun, sondern mit Mitmachen in kriegesischen Konflikten: 160 Soldaten des

Bundesheeres, darunter auch solche des Jagdkommandos, der „Eliteinheit“ des Bundesheeres mit dem Motto „Niemals zurück“, hat der „Zivildienst“ Darabos dafür als „Verteidigungs“minister abgestellt.

Noch 2004 hat der ÖGB gemeint: „Wir brauchen einen EU-Vertrag, der über die ökonomische Dimension hinausgeht und die EU zu einer Sozial- und Beschäftigungsunion weiterentwickelt. Die immerwährende Neutralität muss auch in der EU-Verfassung gesichert sein ... im Hinblick auf die Neutralität fordert der ÖGB eine formelle Erklärung Österreichs, an keinen Militäraktionen teilzunehmen. Weiters fordert der ÖGB eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung“.

Schon 2005 wollte der ÖGB von seiner Forderung nichts mehr wissen und heute hält er – treu und mehr denn je nach dem Motto „der Sozialpartnerschaft verpflichtet“ – vollkommen still, obwohl der

EU-Vertrag zu 95 % der EU-„Verfassung“ von 2005 entspricht. Warum? Weil der ÖGB lieber mit der Wirtschaft gemeinsame Sache macht, als sich für die Interessen seiner Mitglieder einzusetzen – siehe: Zwentendorf, EU-Beitritt, Bawag-Verkauf, jüngste Verschlechterungen bei der Arbeitszeitregelung oder bei den Zumutbarkeitsbestimmungen im Falle von Arbeitslosigkeit usw.

Das Neutralitätsverständnis unserer Herrschenden II



Wir sehen im EU-„Reformvertrag“, der nur die alte EU-Verfassung mit neuem Titel ist, die Gefahr, dass Österreich noch mehr als bisher in die Kriegsvorbereitungen der Großmächte hineingezogen und unsere Neutralität abgeschafft wird. Deshalb sollen die wahren Absichten der EU mit diesem Vertrag jedenfalls verschwiegen und beschönigt werden und ja nicht der Bevölkerung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Wir sind uns bewusst: eine Volksabstimmung ist kein Allerheilmittel. Sie ist in der Regel bei uns ein Instrument der Herrschenden: Sie kann derzeit nur von der Regierung oder einer Parteienmehrheit im Parlament eingeleitet werden und Wirtschaft, Lobbys Interessensverbände und Medien können ein Trommelfeuer auf die Menschen herab prasseln lassen, weil ihnen die veröffentlichte Meinung gehört. Bei Zwentendorf haben die Herrschenden geglaubt, mit der Volksabstimmung als Flucht nach

vorne und der Macht ihrer Medien der Bevölkerung ein „Ja“ abzurufen. Bekanntlich ging dies für die Atomlobby schief aus. Bei der EU-„Volksabstimmung“ 1994 haben die Herrschenden aus Zwentendorf gelernt. Sie haben noch mehr gelogen (Neutralität, Schilling, Pensionen, Soziales usw. bleiben erhalten und seien – so wurde sogar getrommelt – gefährdet, wenn wir nicht in die EU gehen) und die Medien in einer bis dahin noch nie in der 2. Republik dagewesenen Art und Weise gleichgeschaltet. Und das damals mit Angst- und Schreckensmache der Bevölkerung abgepresste „Ja zum EU-Beitritt“ wird heute dazu verwendet – und soll offensichtlich bis in alle Ewigkeit dafür erhalten, dass weitere Verschlechterungen und Gefahren für die Menschen, wie es der EU-„Reformvertrag“ ist, und Kritik daran damit

abgeschmettert wird, dass die Bevölkerung ja eh schon zugestimmt hätte.

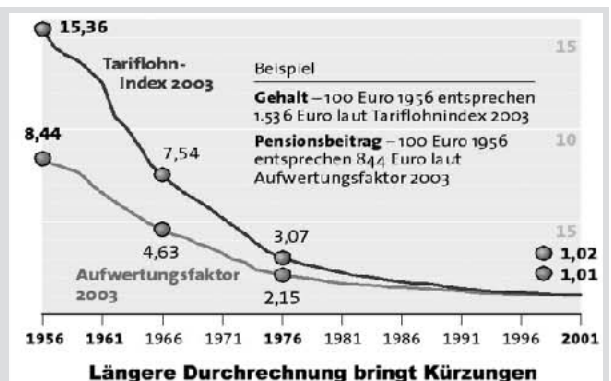
Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ist für die Erhaltung und den Ausbau der Neutralität Österreichs. Zurecht! Damit hat Österreich die Lehre aus den Weltkriegen gezogen: Nie wieder für fremde Großmachtinteressen in den Krieg geschickt werden! Wer die Neutralität direkt oder indirekt über EU-„Beistandspflicht“ (EU-Vertrag, Aufrüstungsverpflichtung, Euro-Armee) oder NATO-Anbindung im Namen der „Friedenssicherung“ abschaffen will, hintergeht die Bevölkerung und betreibt Landesverrat. Die Erhaltung und Verteidigung der Neutralität sowie die Kooperation Österreichs mit anderen Neutralen ist der beste Beitrag zum Frieden in Europa.

NEIN zum EU-Vertrag - JA zur Neutralität! Volksabstimmung!
(aus GGAE 4/07)

KÜNFTIGE PENSIONEN

Wäre im Jahr 2001 jemand nach den Regeln des schwarz-blauen Pensionsraubes nach 45 Durchrechnungsjahren in den Ruhestand gegangen, dann hätte er fast die Hälfte seiner Pension verloren. Genau das blüht den jungen Menschen von heute spätestens ab 2033.

Daran hat auch die neue Regierung, auch nicht die „soziale Handschrift der SPÖ“, etwas geändert.



SIND DIE KASSEN SCHLECHT?

In den letzten Wochen sind wieder einmal die Krankenkassen wegen ihres hohen Defizits im Gerede. Von Pleite wird gesprochen und die diversen Privatisierer von Gesundheitsleistungen sind auch schon wieder auf den Plan getreten.

Der Rechnungshof (RH) hat aber gerade jüngst die Gebietskrankenkassen (GKK) von Wien und Oberösterreich untersucht und verglichen. Was dabei herauskam schmeckt weder der früheren, noch der jetzigen Regierung und schon gar nicht den Privatisierungsschreibern. Denn der RH stellte fest, dass die Probleme der GKK nicht an deren Leistung, nicht an Misswirtschaft und nicht an einer falschen Einnahmen- und Ausgabenpolitik liegt. Laut RH hat der Gesetzgeber in den letzten sieben Jahren die GKKs ausgehungert und ihnen Mittel für „artfremde“ Finanzierungen entzogen (siehe dazu auch unsere letzte Nummer

92). Konkret anhand der NÖGKK: Bei dieser macht der Abgang 77 Millionen Euro aus, die vom Gesetzgeber der NÖGKK vorenthaltenen Mittel betragen 76 Millionen Euro. Die Wiener GKK wiederum hätte, so ebenfalls der RH-Bericht, 2006 ein Plus von 35 Millionen gehabt, hätte nicht ein KHG aus der Sozialversicherung Geld abgezweigt, um z. B. die Lohnnebenkosten für die Unternehmer zu senken und die Steuereinnahmen zu vermehren.

Auch die nunmehr „defizitäre“ AUVA schriebe heute ein Plus von 90 Millionen Euro, hätte sich nicht die Regierung an ihr fürs „Nulldefizit“, also fürs Verschieben der Einnahmen und Zahlungen von den arbeitenden Menschen zu den Fir-

men und Konzernen, bedient.

Darüber hinaus schulden die Unternehmer, die die Krankenkassenbeiträge treuhändisch für die ArbeitnehmerInnen einhehalten und abliefern sollten, den Kassen in Summe bereits 800 Millionen Euro netto. Es gäbe also weit und breit kein Kassendefizit! Wir können uns also dieses umlagefinanzierte Sozialversicherungssystem sehr wohl leisten. Umso mehr, als viele Gelder für die Gewinne der Pharmakonzerne und auch – wie erst jüngst wieder einmal an die Oberfläche geschwappt – durch Korruption (Primärärzte in Spitälern und Privatkliniken) der Gesundheitsversorgung für die breite Masse der Menschen entzogen wird.

Mehr zum Thema Gesundheit und Sozialversicherung unter:

proSV - Plattform

Keine Zerschlagung der Sozialversicherung

Homepage:

<http://prosv.akis.at>

E-Mail:

prosv@akis.at



„REFORM“ DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Im gleichen Atemzug, indem jetzt so genannte „atypische“ Arbeitsverhältnisse (Freie Dienstnehmer ab 2008, neue Selbständige ab 2009) endlich einen Arbeitslosenanspruch erhalten werden, wird die Arbeitslosenversicherung (ALV) für alle Beschäftigten drastisch verschlechtert.

Die gravierendsten Verschlechterungen: Senkung der Jugendanwaltschaft vom 25. auf das 21. Lebensjahr. Dadurch müssen Jugendliche ab 21 Jahren künftig doppelt so viele Beschäftigungsmonate für einen Arbeitslosenanspruch vorweisen. Verschlechterung der zumutbaren Wegzeit zur Arbeit. Schleichende Privatisierung der Arbeitsvermittlung und Sanktionen für Arbeitslose, die Stellenzuweisungen von privaten Vermittlern ablehnen. Erhöhung der Arbeitslosengeldsperre von 2 auf 4 Wochen. Zudem wird der Datenschutz de facto aufgehoben, finden sich in den Anmeldebögen zur Arbeitslosigkeit etwa die Fragen: haben Sie an Streiks teilgenommen usw. Und die Da-

ten werden an die Firmen weiter gegeben. Abgeschafft soll auch die Begründungspflicht für Schulungsmaßnahmen werden. Weiters darf, wer arbeitslos ist, nicht auf Urlaub gehen, muss jederzeit abrufbar sein. Arbeitslose sollen auch an so genannte „Sozialökonomische Betriebe“ (SOB) oder „Gemeinnützige Beschäftigungsprojekte“ (GBP) vermittelt werden dürfen. Dadurch aber werden die Folgeleistungen des AMS drastisch gekürzt. Die Liste ließe sich leider noch fortsetzen.

Statt die Wirtschaft zur Kasse zu bitten und in die Mangel zu nehmen, werden mit der ALV- Novelle die Arbeiter und Angestellten noch mehr der Politik der Profitmaximierung der Firmen ausgeliefert. Private Vermittler sind schon jetzt mit Beschäftigung Suchende Firmen verbandelt. „Frische und willige“ Arbeitslose werden vermittelt, die Firmen kündigen dafür „teurere“ und ältere Arbeitnehmer. Das erhöht die Vermittlungsquote für die privaten Vermittler, senkt die Gehaltskosten der Firmen und steigert

deren jetzt schon überbordenden Gewinne, die neu arbeitslos gewordenen werden dann noch billiger weiter vermittelt usw. In von allen Arbeitnehmern via Arbeitslosenversicherung und Steuergeld durchgeführten Schulungen werden Arbeitslose auf Allgemeinkosten für die Firmen hergerichtet. Die Unternehmer zahlen keinen Cent in die Aus- und Weiterbildung. Eine Spirale nach unten bei der die Unternehmer die Gewinner, die Arbeitnehmer die Verlierer sind. So viel zum Slogan: „Österreich wird sozialer“.

Das erinnert an die letzten „Reformen“ wie „Abfertigung neu“, „Pensionsreform“, oder „neue Arbeitszeitregelung“ (Flexicurity), die allesamt als großer Wurf hingestellt wurden, aber für alle Arbeitnehmer erhebliche Kürzungen, sprich Verschlechterungen brachten. „Neu“ ist nur, dass trotz Wahlversprechen der SPÖ, trotz Protesten von ÖGB seinerzeit, das jetzt alles mit deren Zustimmung und aktivem Zutun über die Bühne geht.

(aus: GGAE 4-07)

ÖSTERREICH SCHICKT SOLDATEN IN DEN TSCHAD

Eine österreichische Einheit von 160 Soldaten soll im Tschad, an der Grenze zum Sudan (Region Darfur) für - wie es heißt - „humanitäre Zwecke“ eingesetzt werden. Mit dabei das Jagdkommando des Bundesheeres. Sehr „human“!

Österreich als Teil der EU und im Rahmen der EU-Militarisierung nimmt erstmals nicht nach einem Konflikt (bei der Trennung von Streitparteien), sondern in einem bestehenden Konflikt/Krieg teil. Dort prallen nicht (nur) lokale Führer, wie oft in den Medien behauptet wird, sondern vor allem die Interessen ausländischer Mächte – USA (Sudan), Frankreich (Tschad) und jetzt die EU als ganzes – auf einan-

der. Unsere Herrschenden ziehen damit unser Land in internationale Konflikte hinein. Das widerspricht total unserer Neutralität, die die Politiker gerne – und zuletzt auch wieder Bundeskanzler Gusenbauer, beschwören.

Auch ist es kein Zufall, dass beim Tschad-Einsatz österreichische Soldaten gemeinsam mit den deutschen zum Einsatz kommen. Das ist in den letzten Jahren nicht das erste Mal. Österreichs wirtschaftliche, militärische und politische Elite hat da schon als Kriegs-Mitstreiber an der Seite Deutschlands (Außenminister Mock) bei der Zerstörung Jugoslawiens ganz aktiv mitgewirkt. Das setzt sich bis heute im Kosovo fort. So wird jetzt

der ehemalige Führer der Kosovo-Untergrundarmee Thaci (wäre er nicht vom Westen schon seinerzeit unterstützt und eingesetzt worden, würden die gleichen Kräfte von Terroristen sprechen) massiv gefördert. Die Interessen solcher „Missionen“ hat „Verteidigungsminister“ Darabos wie folgt beschreiben: „Einsätze des Österreichischen Bundesheeres haben das Engagement österreichischer Unternehmen in Südost-Europa erst ermöglicht“. Wie wahr! Darum geht es und nicht um humanitäre Hilfe in der Region - auch nicht in Darfur. So gibt es dort „zufällig“ große Erdöl-Vorkommen und war bis vor wenigen Jahren der österreichische Multi OMV massiv an Ölfeldern im Sudan beteiligt.

DARFUR – DER INSZENIERTE KONFLIKT

Der deutsche Geograf und Geoarchäologe Dr. Stefan Kröpelin, der seit 25 Jahren im Nordwestsudan über Klima- und Besiedlungsgeschichte der Sahara forscht weist in einem Artikel in der österreichischen Zeitschrift „International“ darauf hin, dass die humanitäre Krise in der Region Darfur 2004 plötzlich von der amerikanischen Außenpolitik „entdeckt“ wurde und seither in westlichen Medien drastisch dargestellt wird, um die Absichten der amerikanischen Politik zu verschleiern, die darauf aus ist, im Konkurrenzkampf um die Macht einen Zugang zu den afrikanischen Ölreserven zu erhalten und zu sichern. Dadurch wird eine echte und umfassende Hilfe für die Opfer der humanitären Katastrophe in der Region verhindert. **Der ganze Artikel sprengt den Umfang unserer Ausgabe. Wir bringen hier eine kurze Zusammenfassung und senden den ganzen Artikel auf Anfrage gerne als Mail oder per Post zu.**

Die mediale Schwarz-Weiß-Malerei in amerikanischen Medien und der BBC über die ethnischen Säuberungen der Arabermilizen mit Duldung durch die islamistische Regierung in Khartum fordert die amerikanische „Hilfsbereitschaft“ heraus. In dem riesigen Sudan gibt es große Probleme, die einerseits wie in Darfur mit gigantischer Armut und ebensolchem Bevölkerungswachstum zu tun haben. In nur 50 Jahren ist die Bevölkerung in Darfur von 1,3 auf 6 bis 7 Milli-

onen Menschen angewachsen. Dazu kommen Tatsachen, wie, dass die Regierung in Khartum einerseits zuerst die Zone um die Hauptstadt mit den Erträgen aus den Bodenschätzen des Landes fördert und andererseits den seit Jahrhunderten bestehenden Konfliktlösungsmechanismus in Darfur Mitte der 1980er Jahre zerstörte, indem sie die lokalen Sultanats-hierarchien zerschlug und die Anhänger des damaligen Premierministers bewaffnete. Wie so oft leidet die Zivilbevölkerung am stärksten unter den zahlreichen regionalen Konflikten und wie überall in ähnlichen Krisengebieten ist ein Mensch weniger wert als ein Fetzen Papier. Zur Vorsicht in der Beurteilung ermahnen allerdings auch Berichte über Satellitenaufnahmen, auf denen in den angeblich am schlimmsten betroffenen Gebieten keine einzige Hütte niedergebrannt war. Angeblich ziehen die Flüchtlingslager im Sudan und an der Grenze zum Tschad in einer noch eher nomadischen Gesellschaft auch viele Menschen an, die nicht unmittelbar gefährdet sind, aber von den dort erhältlichen Hilfsgütern profitieren möchten. Der Autor meint auch, dass die Hilfsorganisationen aufgrund der geringer werdenden Mittel zu drastischen „Werbemaßnahmen“ greifen, um ihre Apparate aufrecht erhalten zu können.

Es besteht Verwirrung über die Lage im Sudan. Gleichzeitig be-

steht das Interesse der USA bezüglich der auf der Welt vorhandenen Energiereserven und dabei vor allem von Öl und des Zuganges der USA zu diesen Reserven. Der US-Ölkonzern-Chevron stellte schon 1980 fest, dass im Südsudan größere Ölreserven liegen als im Irak und in Saudiarabien zusammen. Die USA möchten im Sudan präsent sein, um sich auch dort einen Zugang zum Öl offen zu halten. Chinesische und malaysische Firmen haben bereits Konzessionen im Zentralsudan erworben, andere Länder stehen Schlange. Also kann das nächste Ziel der USA nur der westliche Sudan (Darfur) sein. Da kommen ihnen die regionalen Autonomiebestrebungen gerade recht, um einen Vorwand zu haben, die humanitäre Krise in Darfur für ihre militärisch-ökonomischen Interessen zu instrumentalisieren. Dass die amerikanische Außenpolitik dabei über Leichen geht, ist ja keine neue Erfahrung. Auch der besonders in den USA geforderte UN-Militäreinsatz in Darfur wird in diesem Lichte zum vorgeschobenen Feigenblatt für die wahren amerikanischen Interessen.

Die Gelder, die die schon bestehende „Peace-Keeping-Mission“ im Südsudan verschlingt und die ein UN-Einsatz kosten würde, wären im Sinne der humanitären Katastrophe besser in finanzieller und technischer Hilfe zur Linderung der schlechten Lebenssituation der Menschen im Sudan angelegt.

LESERBRIEFE:

„Bitte passt auf ...



... dass ihr nicht alle WählerInnen und Sympathisantinnen verliert !!!!!!! Was ist mit Euren Versprechungen, weswegen Euch die Leute gewählt haben? Was heißt, "das Rad der Geschichte nicht" zurückdrehen? Wer von Euch hat sich diese geniale Etikettierung vom Wolferl verkaufen lassen? Was hat Euch der KHG dafür gezahlt, dass Ihr bestätigt, dass eh alles so ist, wie es der Wolferl in seiner erfolglosen Wohlfühlkampagne behauptet hat? Wie viel Prozent der Stimmen hat er damit wieder aufgeholt? ..." *GHM*

„Mich plagt die Angst, ...

... dass Prinzipien, für die viele die SPÖ gewählt haben, verraten werden. Es ist mir bewusst, dass sich oft eine schmale Gratwanderung zwischen einem staatstragendem Kompromiss und Prinzipienlosigkeit ergibt, aber es unweigerlich zum Absturz führt, wenn die Seite der Prinzipienlosigkeit eingeschlagen wird. Dies kann dann nur blanken Machtzynismus bedeuten. Ich würde die SPÖ inständig anfehen sich an die grundsätzlichen Wahlversprechen zu halten und eines dieser Hauptwahlversprechen war "Neue Fairness braucht das Land". Neue Fairness wird es ohne ein Abrücken von den gegenwärtig eingenommenen neoliberalen Positionen nicht geben. Dies schließt im weiteren Zusammenhang sowohl öffentliche Dienste (keine wie auch immer gearteten und als Vorteil oder Sachzwang verkauften Privatisierungen), als auch ein gerechteres Steuersystem, das kontinuierlich in den letzten Jahren eine Umverteilung des Einkommens von unten nach oben bewirkte und damit die Schere der Ungleichheiten vergrößerte, ein. Ein fauler Kompromiss in den Studiengebühren, ... kein Eurofighter ausstieg, obwohl klar als Forderung erhoben ... und das ÖVP Konzept der Grundsicherung plus kleine unbedeutende Nachbesserungen und das wäre es dann. Dies würde eine völlige Desillusionierung eines jedweden noch erhaltenen Glaubens an noch vorhandene und vor der Wahl propagierte Prinzipien der SPÖ bedeuten. Leute, die sich diesmal der SPÖ zuwandten, taten das nicht um ein "Schüssel Light" Programm fortzusetzen. Da es in Österreich mangels einer linken und sozialen Alternative nur die SPÖ mit einem noch angenommenen? sozialen Gewissen gibt, böten sich als Alternative nur Wahlenthaltung und der Albtraum einer konzeptlosen, unverantwortlich demagogisch rassistisch agierenden Rechtspartei, die in Zukunft gestärkt würde und als Protestpartei mit dumpfen Ressentiments politisches Kleingeld einsammelt." *H.P.*

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die Zeitschrift "Solidarität - unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich will ein Abo (4 - 5 Ausgaben pro Jahr) zum Preis von € 6,- (Solidaritätspreis € 12,-)
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

93/07

Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee
Stiftgasse 8, 1070 Wien
oesolkom@gmx.at

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Erscheinungsort Wien, P.b.b.
Verlagspostamt 1070 Wien,
"Sponsoring Post" GZ 02Z030772 S

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken herzlich für die Zuschriften und Spenden. Mit dem EU-Vertrag soll die Neutralität weiter ausgehöhlt und letztlich abgeschafft und die Militarisierung der EU noch schneller als bisher vorangetrieben werden. Weil die Mehrheit der Bevölkerung dagegen ist, will man das Volk lieber erst gar nicht entscheiden lassen. Daher ist es jetzt besonders wichtig, darüber aufzuklären und dagegen aufzutreten. Dazu sind wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache verstärkt auf Ihre Mitarbeit und finanzielle Unterstützung angewiesen.

Wir wünschen allen unseren LeserInnen und AktivistInnen trotz alledem ruhige Feiertage, alles Gute und viel Widerstandskraft für 2008.

Mit solidarischen Grüßen
Österreichisches Solidaritätskomitee

Zustellung per Post wird wieder teurer

Damit die Post noch mehr Gewinne schreiben kann, baut sie weiter Personal ab, erhöht den Arbeitsdruck auf die Beschäftigten, schließt Postämter und erhöht die Gebühren für die Kleinen - so auch für den Postzeitungsversand von Vereinen usw. Ab 1. Jänner 2008 verteuert sich die Versendung unserer Aussendungen. Zusätzlich werden die Rücksendungen, je Stück, das als unzustellbar gilt, kostenpflichtig, müssen wir also doppelt bezahlen.

Daher unsere Bitte: Teilen Sie uns rechtzeitig Adressänderungen, Änderungen von Straßennamen, Hausnummern, Postleitzahlen mit, oder wenn am Adresskleber ein Fehler vorhanden ist, oder Sie unsere Zusendungen nicht mehr erhalten wollen. Bitte die Adresse genau angeben. Wird nicht genau Straßenummer, Stiege, Tür, Stock angegeben, stellt die Post nicht mehr zu. Also bitte den Adresskleber kontrollieren und und Korrekturen per Post, E-Mail, am Einzahlungsschein oder per Telefon (0650 830 7 830) bekannt geben.

Wer daran interessiert ist, auch zwischen den Aussendungen Infos zu erhalten, gibt uns bitte auch seine/ ihre E-Mail-Adresse bekannt unter: oesolkom@gmx.at

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

600000

P.S.K.

00079348267
W. Leisch

600000

EUR

ÖSTERREICHISCHES

SOLIDARITÄTSKOMITEE

SPENDE

ABO

E-Mail Adresse

004

00079348267+ 000600000>

40+

004